

Informationen zur Eidgenössische Volksinitiative «Jugend ohne Drogen» (1992–1997)

Vorgeschlagener Initiativtext zur Ergänzung der Bundesverfassung:

Art 68bis BV (neu)

- 1 Der Bund bekämpft das Rauschgiftproblem mit einer restriktiven, direkt auf Abstinenz ausgerichteten Drogenpolitik.
- 2 Er trifft auf dem Wege der Gesetzgebung alle geeigneten Massnahmen, um die Nachfrage nach Rauschgiften und die Anzahl der Rauschgiftkonsumenten zu verringern, die Rauschgiftabhängigkeit zu heilen, die sozialen und wirtschaftlichen Folgeschäden des Rauschgiftkonsums zu vermindern sowie den illegalen Rauschgifthandel effektiv zu bekämpfen.
- 3 Um die Jugend vor Drogen zu schützen, nimmt der Bund gegen Rauschgiftkonsum Stellung und verfolgt eine aktive Drogenprävention, die die Persönlichkeit des Einzelnen stärkt.
- 4 Der Bund fördert und unterstützt die Durchführung der Massnahmen, die geeignet sind, den körperlichen Entzug, die dauerhafte Entwöhnung und die Wiedereingliederung der Rauschgiftabhängigen sicherzustellen.
- 5 Die Abgabe von Betäubungsmitteln ist verboten. Vorbehalten ist die Verwendung zu rein medizinischen Zwecken. Davon ausgeschlossen ist jedoch die Verwendung von Heroin, Rauchopium, Kokain, Cannabis, Halluzinogenen und analogen Substanzen [=Designer-Drogen, z.B. Ecstasy].

Einreichung der Unterschriften der eidgenössischen Volksinitiative "Jugend ohne Drogen" am 22. Juli 1993 bei der Bundeskanzlei in Bern

Einleitende Stellungnahme von Ständerat Markus Kündig

Das Initiativkomitee freut sich, heute die Unterschriftenbogen mit ca. 144'000 Unterschriften der vor 6 Monaten lancierten Volksinitiative der Bundeskanzlei überreichen zu können.

- Dies ist besonders beachtenswert, da keine eingespielte Organisation zur Verfügung stand und in verschiedenen Landesgegenden die unterstützenden Komitees erst aufgebaut werden.
- Die Unterschriftensammlung zeigt, dass das Drogenproblem von der Bevölkerung mit grosser Beachtung verfolgt wird. Es erstaunt daher nicht, dass allein aus der Stadt Zürich mehr als 10'000 Unterschriften stammen.
- Wir möchten allen Helfern für ihren grossen Einsatz unseren herzlichen Dank und unsere grosse Anerkennung aussprechen.
- Die Initiative zielt darauf ab, den Staat zu einer auf Abstinenz ausgerichteten Drogenpolitik zu verpflichten.
- Es geht dabei nicht um Repression gegen die Drogenabhängigen, sondern darum, diese durch Drogen geschädigten Menschen durch körperlichen Entzug und geeignete dauerhafte Entwöhnung wieder in die Gesellschaft einzugliedern.
- Sie richtet sich gegen den Rauschgifthandel und mit aller Entschiedenheit gegen die Abgabe von Drogen durch den Staat.

- Die Initiative verzichtet bewusst auf extreme Forderungen, will aber, dass durch Aufklärung und Prävention die Abwehrchancen der Jugendlichen verstärkt werden.
- Die Initiative behandelt ein dringliches Anliegen, das nicht durch Verwaltungsmassnahmen gebremst werden darf. Denn jeder Jugendliche, der nicht drogenabhängig wird und jeder Drogenkranke, der wieder eingegliedert wird, ist die sofortige Behandlung der Initiative wert.

Bedeutung der eidgenössischen Volksinitiative «Jugend ohne Drogen» für die Zukunft

von Jean-Paul Vuilleumier, Zürich

Innerhalb von nur 6 Monaten, also eines Bruchteils der offiziellen Frist, konnten in allen Kantonen insgesamt rund **145'000 Unterschriften** gesammelt werden. Das ist ein grosser Erfolg! Diese ausserordentliche Leistung wurde nur möglich dank des unermüdlichen Einsatzes vieler engagierter Mitbürger aus der ganzen Schweiz.

Eine grosse Zahl Schweizer Bürgerinnen und Bürger brachten im Verlauf dieses halben Jahres zum Ausdruck, wie froh sie über unsere Initiative sind. Endlich konnten sie mit ihrer Unterschrift bekräftigen, dass sie nicht länger bereit sind zu akzeptieren, dass Drogen mehr und mehr – fast schon als Selbstverständlichkeit – in unsere Gesellschaft integriert werden. Unzählige Eltern und Grosseltern sowie Verantwortliche sind in grosser Sorge über die Ausbreitung des Drogenproblems während der letzten Jahre. Sie befürchten zu Recht, dass auch ihre Kinder und Enkelkinder mit Drogen konfrontiert und durch die Verharmlosung und die leichte Erhältlichkeit der Rauschgifte in den Teufelskreis der Drogenabhängigkeit hineingezogen werden. Ihre ganzen Erziehungsbemühungen sowie die Gesundheit ihrer Kinder können so innert kürzester Zeit zerstört werden. Unsere Initiative ist ein wesentlicher Beitrag dazu, dass die Eltern einen Rückhalt und Schutz für die Erziehungsaufgabe erhalten und ihr Bemühen nicht durch ein öffentliches Klima der Drogenakzeptanz gefährdet und ruiniert wird. Mit ihrer Unterschrift haben sie sich dafür ausgesprochen, dass Drogensüchtige echte mitmenschliche Hilfe erhalten und die weitere Ausdehnung des Drogenelends verhindert wird: **Abstinenzorientierte Prävention und Therapie** gehören ebenso dazu wie **die konsequente Anwendung des Betäubungsmittelgesetzes**. Jeder Schritt in Richtung Liberalisierung führt unweigerlich zu einer Vergrösserung und Verfestigung des Drogenelends sowie zu einer weiteren Brutalisierung des Drogenhandels. Dies ist durch die Erfahrungen in anderen Ländern belegt.

Zum Inhalt unseres Volksbegehrens halte ich folgendes fest:

Immer wieder wird im Zusammenhang mit **«Jugend ohne Drogen»** von einer sogenannten "repressiven Initiative" gesprochen. Wer unseren Initiativtext unvoreingenommen liest, sieht aber sogleich, dass nur Böswilligkeit behaupten kann, unsere Initiative sei "einseitig auf Repression" ausgerichtet.

Jawohl, das klare Verbot der Rauschgifte sowie die konsequente Bekämpfung des Rauschgifthandels sind unabdingbare Voraussetzung für eine wirkungsvolle Senkung sowohl des Angebots als auch der Nachfrage. Genauso wichtig sind jedoch Prävention und Therapie. Wir sind uns darin mit den Vereinten Nationen und ihrem Konzept der Bekämpfung von Drogenmissbrauch einig.

Der wirkungsvolle Schutz junger Menschen vor Rauschgiften ist möglich: Grundbedingung jeder effektiven Prävention ist eine sachgerechte Aufklärung über die körperlichen und seelischen Schädigungen, die diese Substanzen bewirken. Dazu kommt aber noch mehr: die Stärkung im Lernen, die ermutigende Anleitung beim Aufbau positiver, tragfähiger

Beziehungen zur Familie, zu Gleichaltrigen und zum anderen Geschlecht sind ebenso von zentraler Bedeutung wie eine positive berufliche und menschliche Zielsetzung für das Leben. Niemals aber wird es sich darum handeln dürfen, unserer Jugend den "Umgang mit Drogen" beizubringen. Es gibt keinen kontrollierten Umgang mit Rauschgiften; die hohe Suchtpotenz der Rauschgifte verhindert, dass der Süchtige sich frei entscheiden kann, ob er zu einem bestimmten Zeitpunkt Drogen nehmen will oder nicht. Nicht er geht mit Drogen um, sondern die Drogen haben ihn im Griff! Deshalb verlangt unsere Volksinitiative auch das **Verbot der Abgabe von Rauschgiften**.

Dem bereits Süchtigen kann nur eine **abstinenzorientierte Therapie** wirklich helfen. Bedingung für eine erfolgreiche Therapie ist, dass der Abhängige ganz aus der Drogenszene wekommt und einen körperlichen Entzug hinter sich bringt. Nur so wird es ihm möglich, sich allmählich aus der Beziehungslosigkeit, der Unselbständigkeit und der Verwahrlosung, in die er durch sein Leben in der Drogenszene geraten ist, zu befreien. Wenn nun dem Abhängigen vom Staat sogar Drogen abgegeben werden, wird ihm der Entscheid, sich von seiner Abhängigkeit zu befreien, massiv erschwert und in sehr vielen Fällen gar verunmöglicht. Dies ist eine Tatsache, die von ehemaligen Drogenabhängigen einhellig bestätigt wird. Diese wissen sehr genau, dass die sogenannte Überlebenshilfe und die Abgabe von Rauschgiften die Sucht verfestigen, den Ausstieg verhindern und somit die Süchtigen ihrem Elend überlassen. Solche Experimente mit Menschen sind ethisch nicht zu vertreten.

Mit der Einreichung der Unterschriften ist ein erster wichtiger Schritt getan auf dem Weg zu einer breiten Diskussion des Drogenproblems in der Bevölkerung: Alle sind aufgerufen, sich ernsthaft mit der Drogenfrage zu beschäftigen, um sich so eine sachlich fundierte Stellungnahme erarbeiten zu können. Dabei ist festzuhalten, dass seit mehreren Jahren die gesamtschweizerisch gut vernetzten Legalisierungsbefürworter nebenbei bemerkt mit der wirkungsvollen Unterstützung der meisten Medien, zumindest in der Deutschschweiz alles daran setzen, die Diskussion in der Drogenfrage auf ein einziges Geleise zu bringen, und zwar das der Legalisierung:

Nach den Befürwortern einer Freigabe soll keine Grundsatzdiskussion darüber geführt werden dürfen, ob die Drogen überhaupt legalisiert werden sollen oder nicht. Es soll nur noch darum gehen, **wie weit** die Drogen legalisiert werden sollen, d. h. allein in der Frage der Altersgrenze, der Bezugsbedingungen, der Arten und Mengen der abzugebenden Drogen usw. steht allenfalls der Bevölkerung noch eine Pseudo-Diskussion zu. Somit heisst die Forderung der Legalisierungsbefürworter im Klartext: Legalisierung ja, aber wie? Tatsache ist, dass seit mindestens 3 Jahren in keiner der grossen Deutschschweizer Tageszeitungen ein redaktioneller oder wissenschaftlich fundierter Beitrag gegen Drogenliberalisierung mehr zu lesen war. Dass inzwischen bereits jeder Diskussionsbeitrag, der sich gegen eine Liberalisierung der Schweizer Drogenpolitik wendet und für eine unmittelbar abstinenzorientierte Prävention und Therapie einsteht, im Keime erstickt wird und seine Vertreter als gefühllos, unmenschlich ja gar als rechtsextrem diffamiert werden, ist für Eltern und alle am Erziehungsprozess Beteiligten und für das Wohl unserer Jugend Verantwortlichen unakzeptabel!

Wir hoffen, dass nun mit dem Einreichen der Unterschriften der Stein ins Rollen kommt und in der Drogenfrage Vernunft und menschliche Verantwortung wieder ihren Platz einnehmen. Wir alle sind gefordert, unsere Kinder und Enkelkinder zu befähigen, ein gesundes und sinnerfülltes Leben führen zu können. Nur mit einer gesunden Jugend, die bereit ist, ihren aktiven Beitrag zur konstruktiven Weiterentwicklung unserer Gesellschaft zu leisten, können wir alle wieder zuversichtlicher in die Zukunft schauen.

Die Drogensituation in Luzern

von Dr. med. Hans Ulrich Bühler, Luzern

Im Laufe der 80er Jahre etablierte sich im Zentrum der Luzerner Altstadt, der Eisengasse, eine offene Drogenszene. Den Protesten der betroffenen Anwohner und Geschäftsleute zum Trotz konnten sich die von LPL und CVP dominierten Stadtbehörden nicht zu einer konsequenten abstinenzorientierten Drogenpolitik durchringen. Einerseits wurden die hoch motivierten Ordnungskräfte von Justiz und Polizei höchst inkonsequent eingesetzt, etwa gemäss den Worten Grillparzers: "Auf halben Wegen und zu halber Tat mit halben Mitteln zauderhaft zu streben...". Andererseits wurde die Verantwortung für Prophylaxe und Therapie dem Drogenforum Innerschweiz übertragen, das sich aus selbst ernannten Drogenfachleuten aus dem geistigen Umfeld der Tabula-rasa-Initiative zusammensetzt.

Wie nicht anders zu erwarten, wuchs die Luzerner Drogenszene mit den sattsam bekannten Begleiterscheinungen rasch wie ein Krebsgeschwür. Wir rechnen heute mit 600-800 Opiatabhängigen in Luzern, 260 davon erhalten derzeit Methadon. Als Höhepunkt der anarchistischen Entwicklung wurde im April 92 auf Geheiss des Stadtpräsidenten mit Unterstützung des eidgenössischen Bundesgerichts im Luzerner Stadthaus eine Fixerstube eingerichtet. Damit war die Drogenszene offen sichtbar auch auf dem linken Ufer der Stadt, im Neustadtquartier, angesiedelt.

Die allgegenwärtige Verfügbarkeit von Drogen verführte nicht nur immer wieder Neueinsteiger, mir wurden als Arzt Drogensüchtige bekannt, die nach jahrelanger Abstinenz weit weg von Luzern, nach ihrer Heimkehr postwendend rückfällig wurden. Der neuerdings beobachtete Preiszerfall für Heroin begünstigt das stoffintensive Folienrauchen und hat bewirkt, dass jetzt 12jährige Jugendliche ohne Umweg über Nikotin und Cannabis, direkt der Heroinsucht verfallen.

1992 hatte Luzern hinter Solothurn die zweithöchste Zunahme von Drogentoten in der Schweiz zu verzeichnen. Die Regierung ist nach wie vor uneinsichtig. Den ca. 700 Drogenabhängigen stehen ganze sieben (!) Therapieplätze in Malters gegenüber. Freilich halten die verantwortlichen Luzerner Politiker das Einrichten von Fixerstuben und Notschlafstellen nebst Verabreichen von Drogen und einer Invalidenrente für eine Therapie. So ganz nach dem Motte: "Rente gut - alles gut."

Der Unmut in der Luzerner Bevölkerung ist gross. Wir werden uns deshalb weiterhin aktiv einsetzen für die baldige Annahme der glanzvoll zustande gekommenen Volksinitiative "Jugend ohne Drogen" durch das Schweizervolk.

Gedanken zu den Heroinabgabe-Versuchen in der Schweiz

von Dr. med. Hans Köppel, Birmenstorf AG

Die Versuche mit Heroinabgabe sind ein weiterer Schritt in Richtung Drogenliberalisierung. Im Verlaufe der letzten Jahre zeigte sich immer wieder die gleiche Methode, die gleiche **Salamitaktik**, mit der die Vertreter der Drogenliberalisierung vorgehen:

- 1. Schritt:** die bisherige, sogenannte repressive Drogenpolitik wird als gescheitert erklärt.
- 2. Schritt:** Die Schädlichkeit der Rauschgifte wird mehr und mehr verharmlost und der Bevölkerung werden die entsprechenden Informationen vorenthalten.
- 3. Schritt:** Dem Publikum wird eingehämmert, das Drogenelend sei die Folge der Gesetzgebung, der sogenannten Repression.
- 4. Schritt:** Eine ganze Palette von suchtv Verlängernden Massnahmen (Methadonprogramme, Tagesstrukturen, Spritzenabgabe, Gassenzimmer, Notschlafstellen) wird unter dem Deckmantel und unter schamloser Ausnutzung des natürlichen Mitleids mit den Drogenabhängigen der Bevölkerung und den Politikern aufgedrängt.
- 5. Schritt:** Die drogenkonsumierende Lebensform wird als gleichwertiger, ja sogar überlegener, genussvoller Lebensstil verkauft. So sagte 1989 ein Dozent der Schule für Soziale Arbeit, Zürich: "Heroinabhängigsein ist auch ein Beruf". Es wird ein "Recht auf Rausch" postuliert und in der Schule soll statt echter Prävention ein theoretischer und praktischer Rauschgiftkunde-Unterricht eingeführt werden. Der Begriff Prävention wird umgedeutet. Prävention bedeutet nicht länger, die Jugend vor Drogen zu schützen, sondern sie zum "richtigen Umgang mit Drogen" anzuleiten.
- 6. Schritt:** Das Betäubungsmittelgesetz wird faktisch ausser Kraft gesetzt. Im Rechtswesen gilt nun das Opportunitätsprinzip, was Gutdünken und Willkür bei der Durchsetzung der Gesetze bedeutet. Rechtsfreie Räume wie offene Drogenszenen und Gassenzimmer sind entstanden.
- 7. Schritt:** Methadon wird an jeden abgegeben, ob es angezeigt ist oder nicht. So sind in den Kantonen Zürich, Bern, Basel und Aargau bereits über 6'000 Drogensüchtige unter Methadon (gesamte Schweiz über 10'000), ohne dass damit das Drogenelend vermindert werden konnte oder die Zahl der Süchtigen gesunken wäre. Auch die Kriminalität nahm damit nicht ab, noch wurde der Drogenmarkt ausgetrocknet, im Gegenteil.
- 8. Schritt:** Methadon wird als unattraktiv für den Drogensüchtigen erklärt, weil er zusätzlich doch noch andere Drogen konsumiert. Dafür werden nun Heroin und Morphin als geeignete Ersatzmittel propagiert, zunächst nur für 500 sogenannte "Schwerstsüchtige".
- 9. Schritt:** Die Heroinabgabe wird verwirklicht. Jetzt sind es bereits 700 Versuchspersonen. Aber bereits sind die Stimmen unüberhörbar, die behaupten, dass zu wenige davon sog. "profitieren" können und die Zahl der Versuchspersonen erhöht werden sollte. Zudem spricht man im ARUD (Arbeitsgemeinschaft für risikoarmen Umgang mit Drogen) in Zürich bereits offen von der Abgabe von Kokain, obwohl dies in der bundesrätlichen Verordnung nicht vorgesehen ist.

Fehlende Wissenschaftlichkeit

Die Versuche mit Heroin- und Morphinabgabe entbehren jeglicher wissenschaftlichen Grundlage:

- Es gibt keine Kontrollgruppen.
- Die Versuchskandidaten gehen ihrem gewohnten Leben nach, so dass keine Kontrolle darüber besteht, was sie sonst noch alles konsumieren. Es bestehen diesbezüglich keine Richtlinien, und Kontrollen sind nicht vorgesehen.

Die Wegbereiter der Versuche (A. Seidenberg, E. Lieberherr) sprechen offen davon, dass es sich bei diesem Projekt um einen "**wesentlichen Schritt in Richtung Drogenliberalisierung**" handelt. Deshalb wird wohl auch immer wieder hervorgehoben, dass wegen der "beschränkten Zahl an Versuchspersonen" die sogenannte "Heroinabgabe für Schwerstsüchtige" ein Misserfolg sein wird. Man müsse auch weniger verelendete Süchtige, die noch eine Chance hätten, miteinbeziehen. In die aktuellen Verordnung ist dies bereits eingeflossen: die Bedingungen für die Teilnahme an den Versuchen wurden gelockert; es müssen keine abgebrochene Therapieversuche mehr nachgewiesen werden, die Bedingung der sogenannten Schwerstabhängigkeit entfällt ebenfalls, und in bestimmten Fällen wird es auch möglich sein, unter 18 Jahren Rauschgifte beziehen zu können. Im Zürcher Opiatkonsumlokal 1 (ZOKL1) zum Beispiel, in welchem an Hunderte von Süchtigen mittels Magnetkarten niederschwellig Methadon abgegeben wird, hält man sich seit längerem kaum an die entsprechenden Richtlinien, sondern handelt nach eigenem Gutdünken.

Es ist eine Illusion anzunehmen, Süchtige würden beim Rauschgiftkonsum während 24 Stunden am Tag und 7 Tage in der Woche von einem Arzt betreut. Prof. A. Uchtenhagen sprach im Herbst 92 in Basel davon, dass man dieses Problem "pragmatisch lösen werde", - im Klartext bedeutet dies, dass dem Drogensüchtigen die Wochenenddosierung mitgegeben wird. Wenn man weiss, dass bereits heute 25% bis neuerdings 39% des Methadons auf dem Schwarzmarkt landen, so ist es naheliegend, dass auch durch diese Versuche ein Schwarzmarkt mit staatlich abgegebenen Heroin- und Morphinampullen entsteht. Wie das Experiment in Schweden zwischen 1965-67 belegt, nimmt bei einer Heroinabgabe das Drogenproblem explosionsartig zu. Auch die Kriminalität geht nicht zurück; der Gesundheitszustand der Abhängigen verschlechtert sich wegen höheren Drogenkonsums, und die Sterblichkeit der Drogensüchtigen steigt weiter. Deshalb sagte wohl auch der Direktor des Bundesamtes für Gesundheitswesen (BAG) bei der Präsentation der Heroinversuche: "**Wir rechnen mit einigen Todesfällen**". Der Pharmaindustrie würde es nie in den Sinn kommen, irgendein Medikament an Menschen auszuprobieren, selbst wenn mit "nur" einem Todesfall zu rechnen wäre. Wenn das BAG bekanntgäbe, international verbotene und gefährliche Stoffe würden versuchsweise an Tiere abgegeben, würde sofort landesweit ein Protestgeschrei losgehen.

- Aufschlussreich und informativ sind die Zeitungsartikel, in denen die Heroinversuche beschrieben wurden:

- Entgegen bisherigen falschen Behauptungen, das Liverpools Abgabemodell sei ein beispielhafter Erfolg, liest man plötzlich, die Zahlen aus Liverpool seien ungenügend und

- nicht aussagekräftig. Dabei hatte man bisher gerade mit dem Modell Liverpool für die Heroinabgabe geworben.

- Entgegen bisherigen falschen Behauptungen, die Drogensucht sei nur eine 10jährige Durchgangsphase in Form einer Entwicklungsstörung und, mit Heroin könne man jahrzehntelang gut arbeiten und leben, liest man plötzlich, die Todesrate bei Drogensüchtigen sei 10% höher als bei den gleichaltrigen Nichtsüchtigen. So kommt man, wenn auch über viele Umwege, für die unsere einseitige Medienberichterstattung

verantwortlich ist, doch noch zu wichtigen Informationen, die für die Beurteilung der Drogensituation wichtig sind.

Wer soll das alles bezahlen?

Im Moment geht es darum, die Krankenkassen dazu zu bringen, das abzugebende Rauschgift zu bezahlen sowie einen Teil der Betreuungskosten zu übernehmen. Da die Drogensüchtigen mehrheitlich arbeitsunfähig sind ? ob sie das Rauschgift legal oder illegal erhalten ?, werden die Sozialämter auch weiterhin für deren Lebensunterhalt aufkommen müssen. Diese schicken die Drogensüchtigen gerne zur Arbeitslosenkasse, die Taggelder bezahlt. Die Arbeitslosenkasse ist jedoch bereits jetzt so stark verschuldet, dass der Bundesrat beschloss, zu deren Sanierung die Lohnprozente auf 3% zu erhöhen. Drogensüchtige, die keine Taggelder mehr erhalten, bekommen eine Invalidenrente, was bereits heute in Tausenden von Fällen gemacht wird. Und all dies bezahlt die arbeitende Bevölkerung, d. h. also der Steuerzahler, der gleichzeitig unter den schwerwiegenden Folgen des Drogenproblems ? Einschränkung seiner Freiheit durch erhöhte Verbrechensrate, mehr Unfälle, grössere Gefahr für Kinder und Jugendliche, in die Drogenabhängigkeit zu geraten ? stark zu leiden hat.

Die Schweizer Bevölkerung hat das Recht auf eine unverzügliche Vorbereitung der Volksabstimmung

Angesichts der jetzigen Situation ist es empörend und unakzeptabel, dass die Volksinitiative "**Jugend ohne Drogen**" angeblich für die nächsten drei Jahre auf Eis gelegt werden soll. So wird der Bevölkerung die Gelegenheit genommen, Stellung zur Frage zu beziehen, ob sie den nächsten Schritt der Drogenliberalisierung mitmachen will oder nicht. Unsere Initiative fordert unter anderem, dass keine Rauschgifte abgegeben werden dürfen. Mit der Verwirklichung der in diesem Volksbegehren geforderten **Mehrfachstrategie von Prävention, Bekämpfung des Rauschgifthandels und abstinenzorientierter Therapie** bekäme die heutige Drogenpolitik eine Richtung, bei der endlich etwas Effizientes gegen die Ausweitung des Drogenelends gemacht würde.

Die Abstimmung darf nicht verschoben werden. Die Bevölkerung hat mit ihrer Unterschrift den Wunsch zum Ausdruck gegeben, dass **jetzt etwas geschehen muss**. Mit der Heroinabgabe werden Tatsachen geschaffen, die kaum mehr rückgängig zu machen sind. Das Volk soll deshalb baldmöglichst entscheiden können, in welche Richtung die Drogenpolitik in den nächsten Jahren gehen soll. Die Versuche mit Heroinabgabe sind ja gerade Gegenstand dieser Initiative. Deshalb ist eine baldige Abstimmung dringlich. Es besteht sonst die Gefahr, dass die Bevölkerung resigniert. In Form von offenen Drogenszenen und sogenannten Überlebenshilfe-Angeboten sind bereits zu viele Schritte in Richtung Drogenliberalisierung gemacht worden, ohne dass die Bevölkerung dazu Stellung nehmen konnte. Erneut soll nach der Strategie von E. Lieberherr **am Volk und an Volksentscheiden vorbeipolitisiert** werden.

Heroinabgaberversuche sind Menschenversuche. Sie sind unserer Gesellschaft unwürdig. Die Bevölkerung und die Politiker sind dazu aufgerufen, gegen diese unmenschlichen, suchtverlängernden und todbringenden Versuche zu protestieren und sie zu beenden.

Grosser Erfolg in kurzer Zeit

von Pierre-Yves Albrecht, Direktor der Drogentherapie-Zentren Rives-du-Rhône, Sion

Das Ergebnis ist deutlich: die grosse Mehrheit der Bevölkerung unterstützt diese Initiative voll und ganz. Dort, wo die Initianten trotz geringer technischer und finanzieller Mittel begeisterte Freiwillige für die Unterschriftensammlung fanden, wurden, im Verhältnis zu den Stimmbürgerzahlen, sehr viele Unterschriften gesammelt (VS, ZH, TI, AG, AI, LU, VD, FR, NE, JU). Viele andere Gebiete unseres Landes, in denen der gleiche Erfolg hätte erzielt werden können, konnten leider nicht abgedeckt werden, da es an der entsprechenden Infrastruktur mangelte.

Im Gegensatz zu zahlreichen sogenannten "Spezialisten", die ihre ganzen Anstrengungen darauf konzentriert hatten, aus der Initiative für eine "Jugend ohne Drogen" eine Initiative der Repression zu machen, hat die Bevölkerung das Anliegen der Initiative sehr schnell erkannt. Ihre grundlegenden Thesen sind folgende:

- Die Zurückweisung der sterilen Feststellung durch die Gesellschaft, dass es eben schon immer Drogen gegeben habe und man deshalb "mit ihnen leben" müsse,
- die Überzeugung, die beste Prävention für die heranwachsende Jugend sei das Entstehen einer neuen Einstellung bei den Erwachsenen, die sich ausdrückt in der Bejahung von Idealen (die Drogensucht ist die Folge des Verlusts von Idealen) und von Werten, die zur umfassenden Gesundheit des Individuums beitragen,
- die Tatsache, dass eine nachlässige Drogenpolitik (Beispiel: Abgabe von Rauschgiften an Abhängige) die Drogensucht fördert, indem sie das Elend der Drogensüchtigen aufrechterhält und durch die Verharmlosung neue Abhängigkeiten bei Jugendlichen erzeugt,
- die Gewissheit aufgrund unzähliger Erlebnisberichte, dass die verschiedenen Präventions- und Therapiebestrebungen einen gemeinsamen Nenner haben müssen, damit Erfolgsaussichten gegeben sind: die Abstinenz,
- die Respektierung der Demokratie durch die Befolgung der Gesetze, die oft nicht mehr angewendet oder bezüglich des Drogenproblems sehr häufig umgangen werden.

Der Initiative kommen unter anderem folgende Verdienste zu:

- Ein Bollwerk zu bilden gegen die Legalisierungs-Ideologien vom Typ "Tabula rasa", die vor der Lancierung der Initiative "Jugend ohne Drogen" die einzigen waren, die sich in unserem Land Gehör verschaffen konnten,
- die Bürger über diejenigen Aspekte der Drogensucht aufzuklären, die bewusst verheimlicht wurden, als über die Entwicklung dieser Erscheinung und über neue Interventionsmöglichkeiten gesprochen wurde,
- eine nationale Diskussion in Gang zu bringen, die nicht länger den sogenannten "Drogenfachleuten" vorbehalten ist,
- das Drogenproblem über die Diskussion um Substanzen und Symptome hinaus auszuweiten, indem in dieser schwierigen Frage die gesamte Gesellschaft verantwortlich miteinbezogen wird und ihr die Werte klar werden müssen, die unserem Gemeinwesen zugrunde liegen: In was für einer Gesellschaft wollen wir leben?

Es sei hier all jenen gedankt, die durch ihre grosse Arbeit und ihre Begeisterung diesen Erfolg ermöglicht haben. Sie haben es gewagt, über die abgedroschenen Phrasen hinauszuschreiten, die darauf hinzielen, unsere nationale Drogenpolitik auf die Bereitstellung all jener Utensilien und Räumlichkeiten zu reduzieren, die ein "idealer" Drogensüchtiger angeblich benötigt.

«Entzug, Entwöhnung, Wiedereingliederung»

von Fabio und Ruth Leoni, Cresciano TI

Im Kampf gegen den Drogenmissbrauch wird nicht nur viel geschrieben oder gesprochen, sondern auch gehandelt. In zahlreichen Zentren werden Hunderte von Jugendlichen betreut.

20 Jahre Erfahrung zeugen vom Erfolg der angewandten therapeutischen Methoden. Die Wiedereingliederung in die Gesellschaft wird als Ziel angestrebt, denn oftmals ist die Entlassung oder der Abschluss der Therapie eine sehr heikle Phase. Die Zahl der verfügbaren Therapieplätze in den verschiedenen Rehabilitationszentren ist ungenügend, und immer häufiger fehlen die Infrastrukturen und Arbeitsmöglichkeiten für jemanden, der aus den Drogen aussteigen will. Art. 4 des Initiativtextes sagt: «Der Bund fördert und unterstützt die Durchführung der Massnahmen, die geeignet sind, den körperlichen Entzug, die dauerhafte Entwöhnung und die Wiedereingliederung der Rauschgiftabhängigen sicherzustellen.»

Wir möchten Ihnen von unserer Erfahrung erzählen. Sie sollte dazu verhelfen, alternative Möglichkeiten abzuschätzen. Das Dorf Patriziat von Cresciano, ein kleines Dorf im Tessin, bewirtschaftet eine Alp. Es handelt sich um die Alp Peu, auf 1750 m ü/M, die, wie auch der inzwischen unzugänglich gewordene Weg, vor Jahren verlassen wurde.

Ein junges Ehepaar hat sich nun für die Alpführung zur Verfügung gestellt, doch zuerst musste der Weg wieder normal benutzbar sein. Somit wurde die «Operation Alp Peu» gestartet. Am 10 Mai 1993 flogen wir, 10 Jugendliche von zwei Therapiehäusern, 4 Betreuer, meine Frau und ich, vom Militärflugplatz in Lodrino los. Das Militärdepartement hat uns, durch Oberst Mombelli, den Helikopter kostenlos zur Verfügung gestellt. Das Wetter war alles andere als günstig, doch die Jugendlichen haben der Arbeit mit viel Mut und guter Laune entgegen geschaut. Ununterbrochen Regen und eine Berghütte ohne jeglichen Komfort. Nach fünf Tagen machten wir uns auf den Heimweg, diesmal zu Fuss.

Grosse Freude war allen ins Gesicht geschrieben. Die Herausforderung wurde bewältigt, und auch das Patriziat war mehr als zufrieden.